

DStV-Stellungnahme E 03/26
English-version below (p.10)

EU-Vorschriften über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung - Neufassung

In Ergänzung zum eingereichten Fragebogen erläutert der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) seine Position gemäß der Aufforderung zur Stellungnahme Ares (2025) 11249527 - 16/12/2025 der EU-Kommission zur Initiative: EU-Vorschriften über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (DAC Recast).

In ihrer Aufforderung benennt die EU-Kommission die Ziele des DAC Recast:

- A. Vereinfachung von Meldepflichten zur Verringerung des Aufwands für die Interessenträger und
- B. Umsetzung gezielter Verbesserungen mit dem Ziel, die allgemeine Funktionsweise der DAC zu verbessern.

Im Bericht der EU-Kommission zur Bewertung der EU-Ratsrichtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich Besteuerung vom 19.11.2025 (COM(2025) 695) werden insbesondere die Meldepflichten grenzüberschreitender Gestaltungen der EU-Ratsrichtlinie 2018/822 (DAC 6) bezüglich des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs im Bereich der Besteuerung über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen (Meldepflichten DAC 6) als problematisch angesehen. Diese Problematik spiegelt sich auch in den drei Gerichtsurteilen des Europäischen Gerichtshofs (EUGH) Rs. C-694/20 (Orde van Vlaamse Balies u. a.), Rs. C-623/22 (Belgian Association of Tax Lawyers u. a.) und Rs. C-432/23 wieder.

Auch die Auswertung der von der EU-Kommission durchgeführten Konsultationen zur Vereinfachung des EU-Besitzstands im Bereich der direkten Besteuerung haben gezeigt, dass die Meldepflichten der DAC 6 vielfach als unangemessen und ungeeignet angesehen werden.

Bei der Anfertigung des Vorschlags zum DAC Recast sollte daher eine Abschaffung, mindestens aber eine erhebliche Vereinfachung der Meldepflichten DAC 6 im Fokus der geplanten Gesetzesänderung stehen. Folgerichtig bilden die Meldepflichten DAC 6 auch

den Schwerpunkt dieser Stellungnahme.

A. Vereinfachung von Meldepflichten zur Verringerung des Aufwands für die Interessenträger

In ihrer Aufforderung zur Stellungnahme Ares (2025)-11249527 setzt sich die EU-Kommission das Ziel, Meldepflichten zu vereinfachen und den Aufwand von Interessenträgern zu verringern. Ausdrücklich befürwortet der DStV das Ziel der EU-Kommission, mit Meldepflichten verbundene Lasten für Unternehmen um 25% und für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) um 35 % zu senken.

Der DAC Recast bietet eine gute Gelegenheit zu diesem übergeordneten Ziel beizutragen und nach vielen Worten auch Taten sprechen zu lassen.

Der DStV fordert die EU-Kommission deshalb dazu auf, mutige Schritte zu unternehmen und es nicht bei wenigen geringfügigen Anpassungen der Meldepflichten DAC 6 zu belassen.

In seiner [Stellungnahme E2-2024](#) zur Konsultation über die Bewertung der DAC hat der DStV sich kritisch und ausführlich mit den Meldepflichten DAC 6 auseinandergesetzt und die Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme angezweifelt. Diese Kritik an den Meldepflichten DAC 6 bekräftigt der DStV an dieser Stelle erneut.

In diesem Zusammenhang verweist der DStV auf die Präsentation von Prof. Dr. Johanna Hey, Professor des Instituts für Steuerrecht der Universität Köln während des Hearings des Unterausschusses für Steuerangelegenheiten “Tackling Tax Obstacles in the Single Market“ am 27.1.2026. Prof. Dr. Johanna Hey empfahl dabei die Meldepflichten DAC 6 zu streichen, da ihr Nutzen fraglich ist. Eine Position, die der DStV auch in seiner Stellungnahme E2-2024 vertritt.

Der DStV bedauert, dass der Bericht der EU-Kommission über die Evaluierung der DAC ((COM 2025) 695) keinerlei Angaben darüber enthält, wie viel Steuermehreinnahmen die Mitgliedstaaten durch die Meldepflicht DAC 6 eingenommen haben. Zudem enthält der Bericht keine Angaben über die tatsächlichen Kosten der betroffenen Intermediäre oder der Mitgliedstaaten für die Auswertung der gemeldeten Daten.

Die im Fragebogen dieser Konsultation erfragten Daten zum Aufwand der Intermediäre hätten dafür früher, nämlich vor der Erstellung des Evaluierungsberichts, erhoben werden müssen. Insoweit bildet der Evaluierungsbericht keine ausreichende Grundlage für die

Entscheidungsfindung der gesetzgebenden Organe.

Es lässt sich zum heutigen Zeitpunkt aber feststellen, dass die im damaligen Vorschlag zur DAC 6 (COM (2017) 335; Abschnitt: Kosten der bevorzugten Option) getätigte Aussage der EU-Kommission, „die Kosten für Intermediäre dürften sich in Grenzen halten“, eine Fehleinschätzung war.

Wegen der Vereinfachung einzelner inhaltlicher Kennzeichen der Meldepflicht verweist der DStV zudem auf den übersandten Fragebogen.

1. Begrenzung des Anwendungsbereichs der Meldepflichten der DAC 6 auf Steuerpflichtige

In ihrem Fragebogen gibt die EU-Kommission unter dem Bereich DAC 6 für Fälle, in denen gem. Artikel 8ab Abs. 9 DAC mehrere Intermediäre an ein und derselben meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung beteiligt sind, unterschiedliche Optionen an, um künftig Doppelmeldungen zu vermeiden. Dabei wird auch die Option aufgeführt, nach der Steuerpflichtige der alleinige Meldepflichtige sein könnte.

Der DStV hält eine solche Option der Begrenzung des Anwendungsbereichs auf den Steuerpflichtigen grundsätzlich für den richtigen Weg. Jedoch würde die Wahl dieser vorgeschlagenen Option allenfalls ein bestehendes rechtliches Problem lösen. Das übergeordnete Ziel der EU-Kommission zur Reduzierung von Meldepflichten würde durch die Umsetzung der Option aber nicht erreicht. Dazu ist der enge Anwendungsbereich der alleinigen Meldepflicht des Steuerpflichtigen auf wenige Sonderfälle mit mehreren Intermediären nicht geeignet.

Damit das Ziel eines signifikanten Abbaus von Meldepflichten tatsächlich erreicht werden kann, fordert der DStV deshalb die Option der ausschließlichen Meldepflicht durch den Steuerpflichtigen auf sämtliche Meldepflichten DAC 6 auszudehnen.

Eine solche Befreiung der Meldepflicht DAC 6 für Intermediäre hätte vielfältige Vorteile für den Gesetzgeber und die Gesellschaft:

a. Wesentlicher Abbau von Berichtspflichten

Die Begrenzung der Meldepflichten DAC 6 auf den Steuerpflichtigen würde die Anzahl der Berichtspflichten erheblich senken, ohne dass dadurch das politische Ziel, die Verbesserung der Zusammenarbeit der Steuerbehörden und der Kampf gegen Steuerflucht

und Steuervermeidung, gemindert würde. Denn die Meldepflicht für sämtliche Gestaltungsmodelle bliebe dadurch vollständig bestehen. Allein der Kreis der Verpflichteten würde auf diejenigen verkleinert, die sich von solchen Gestaltungsmodellen einen entsprechenden Vorteil erhoffen.

Zudem kann der EU-Gesetzgeber eine Pflicht für Intermediäre festsetzen, den Steuerpflichtigen über seine Meldepflicht nach DAC 6 aufzuklären.

b. Beseitigung von Doppelmeldungen

Dem Abbau von Meldepflichten, bei denen dieselben Informationen mehrfach gemeldet werden, räumt die EU-Kommission allerhöchste Priorität ein. Damit folgt sie dem Gebot des Once-Only-Prinzips.

Eine gleichlautende Meldepflicht DAC 6 für mehrere Verpflichtete, wie sie derzeit besteht, muss zwangsläufig zu Doppelmeldungen und zu Abgrenzungsschwierigkeiten führen. Eine Begrenzung der Meldepflicht DAC 6 allein auf den Steuerpflichtigen würde das bestehende Problem von Doppelmeldungen beseitigen und so zu einer erheblichen Entlastung für Wirtschaft und Verwaltung führen. Damit wäre zudem die Einhaltung des Once-Only-Prinzips gewährleistet.

c. Senkung der Befolgungskosten

Die EU-Kommission hat sich neben dem Bürokratieabbau auch die Senkung von Befolgungskosten im Steuerbereich für Unternehmen zum Ziel gesetzt. Diese Senkung der Befolgungskosten kann durch die Befreiung von Intermediären von der Meldepflicht auf einfache Weise erreicht werden. Schließlich tragen Intermediäre erhebliche Mehrkosten durch die bürokratische Belastung der Meldepflicht DAC 6. Diese müssen sie an ihre Kunden und Mandanten weitergeben. Insoweit tragen auch andere Mandanten die Mehrkosten für eine Meldepflicht, in die sie nicht eingebunden sind.

d. Stärkung der Rechtsklarheit

Genauso wie ein Steuerberater als Intermediär bei Steuererklärungen, bei Meldungen von Lohn/Gehalt oder bei Betriebsprüfungen keine eigene Erklärungspflicht über seinen Mandanten trifft, sollte er auch bezüglich des Erfordernisses von Meldepflichten DAC 6 allenfalls als Compliance-Instanz mit der Durchführung von Meldungen im Auftrag seines Mandanten tätig werden. Dies würde zu einer Vereinfachung der Festlegung von Verantwortlichkeiten und zu einer Vereinfachung der Gesetzgebung führen. Letzteres ist ein wichtiges Ziel der EU-Kommission im Wege der „besseren Rechtssetzung“.

e. Beendigung des Interessenskonflikts von Berufsgeheimnis und DAC 6-Meldepflicht

Die Abgrenzung zwischen der bestehenden gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht einerseits und der Anzeigepflicht für Steuerberater in Deutschland andererseits, ist insbesondere bei nicht eindeutig meldepflichtigen Vorgängen schwierig. Die jüngste Rechtsprechung des EUGH hat für die betroffenen Berufsträger nicht zu mehr Rechtssicherheit geführt. Eine solch schmale Gratwanderung zwischen Erfüllung der Meldepflicht und Mandantenverrat ist für die betroffenen Berufsträger nicht zumutbar. Die Begrenzung der Meldepflicht auf den Steuerpflichtigen wird diesen Konflikt beseitigen. Zudem würde das Vertrauensverhältnis des Steuerberaters zum Mandanten gestärkt. Die Stärkung des Vertrauensverhältnisses führt zu einer verstärkten Offenlegung der Finanzen des Mandanten gegenüber dem Steuerberater. Dies würde die Möglichkeit von Steuerberatern erhöhen, präventiv aufzuklären und damit einen höheren Beitrag zur Vermeidung von aggressiver Steuerplanung, Steuerflucht und Steuerhinterziehung zu leisten.

f. Entlastung der Judikative

Die Judikative, etwa der EUGH, würde aufgrund des gewonnenen Rechtsklarheit entlastet. Die Rechtsfrage des Anwendungsbereichs eines Berufsgeheimnisses im Falle von Meldepflichten nach DAC, war mehrfach Gegenstand von höchsten Gerichtsentscheidungen. Weitere Gerichtsverfahren werden bei unveränderter Rechtslage wahrscheinlich. Dennoch konnten die Urteile nur teilweise zu mehr Rechtsklarheit beitragen. Durch eine Befreiung von Intermediären von der Meldepflicht würden sich solche Rechtsfragen nicht mehr stellen.

2. Fristverlängerung für die Meldungen der DAC 6

Aufgrund des bestehenden Arbeitsanfalls von Intermediären und dem notwendigen Austausch mit Mandanten ist nach der bestehenden Rechtslage eine Fristverlängerung von 30 Tagen auf 60 Tage zu begrüßen. Die Verlängerung der Meldepflicht sollte auch im Falle einer Befreiung Intermediärer von der Meldepflicht umgesetzt werden, da eine Beratung von Steuerberatern mit den Mandanten weiterhin unerlässlich wäre.

Der DStV stellt aber an dieser Stelle nochmals klar: Eine Fristverlängerung beseitigt nicht die grundlegenden Probleme der Meldepflichten der DAC wie fehlende Rechtssicherheit und Rechtsklarheit, den bürokratischen Arbeitsaufwand und den Konflikt zwischen Meldepflicht und Mandatsgeheimnis.

3. Einbeziehung von UNSHELL

Aufgrund der gescheiterten Verhandlungen im Rat der EU nahm die EU-Kommission ihren Richtlinienvorschlag zur Festlegung von Vorschriften zur Verhinderung der missbräuchlichen Nutzung von Briefkastenfirmen für Steuerzwecke und zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU (COM(2021) 565 - UNSHELL) zurück. Stattdessen kündigte die EU-Kommission an, Bestandteile von UNSHELL in den DAC Recast zu überführen. Diese Bestandteile könnten neben dem Austausch von Daten der Finanzbehörden auch neue Meldepflichten über die Nutzung von Briefkastenfirmen für Steuerzwecke enthalten.

Soweit die EU-Kommission, entgegen aller Beteuerungen Berichtspflichten konsequent abzubauen, neue Berichtspflichten einführen würde, würde die Glaubwürdigkeit der EU-Kommission allerdings schweren Schaden nehmen. Die Einführung einer solchen Maßnahme würde allein den Kräften weiter Auftrieb geben, die der Europäischen Union kritisch gegenüberstehen.

Der **DStV** fordert die EU-Kommission deshalb ausdrücklich auf, durch die Einfügung von Elementen des gescheiterten UNSHELL-Vorschlags keine neuen Berichtspflichten für die Wirtschaft einzuführen.

Eine Einführung von eigenen Meldepflichten der Intermediäre wie Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, lehnt der **DStV** in aller Deutlichkeit ab. Ein weiterer Anstieg bürokratischer Arbeitsbelastung in den Kanzleien und eine exponentielle Erhöhung des bestehenden Interessenkonflikts zwischen Meldepflicht und Berufsgeheimnis würde die Ziele der EU-Kommission ad absurdum führen und den Kanzleien dem Bürokratieinfarkt ausliefern.

B. Umsetzung gezielter Verbesserungen mit dem Ziel, die allgemeine Funktionsweise der DAC zu verbessern

1. Definition des Berufsgeheimnisses

In der jüngsten Vergangenheit hat die EU-Kommission angekündigt, dass aufgrund der neuen Rechtsprechung des EUGH zum Berufsgeheimnis auch eine Anpassung der bestehenden Definition gemäß Art. 8 ab Absatz 5 DAC vorgenommen werden könnte.

Dabei hat Generalanwältin Kokott im Fall C 423/23 des EUGH ausgeführt, dass neben Rechtsanwälten auch andere Rechtsdienstleister einer Verschwiegenheitspflicht obliegen, soweit in dem jeweiligen Mitgliedstaat ein gesetzliches Berufsgeheimnis besteht und die

betroffenen Berufsträger prozessbefugt sind. Damit ist das gesetzliche Berufsgeheimnis von Steuerberatern in Deutschland als gesetzlich verankertes Organ der Steuerrechtspflege mit Vertretungsbefugnis vor den Finanzgerichten ebenfalls vom Anwendungsbereich der Verschwiegenheitspflicht umfasst.

Soweit die EU-Kommission Art. 8ab Absatz 5 an die jüngste EUGH-Rechtsprechung anpassen will, muss die Prozessbefugnis und das Berufsgeheimnis von Steuerberatern in Deutschland berücksichtigt werden. Dann muss der Vorschlag zu DAC Recast sicherstellen, dass die berufsrechtlich normierte Verschwiegenheitspflicht eindeutig vom Gesetzesumfang umfasst ist.

Dabei ist dem DStV wichtig zu verdeutlichen, dass der Beruf des Steuerberaters, mit dem des Rechtsanwalts in Steuerangelegenheiten gleichzusetzen ist.

Der DStV ruft die EU-Kommission deshalb dazu auf, das Berufsgeheimnis der Steuerberater im DAC Recast zu stärken.

Sowohl Rechtsanwälte als auch Steuerberater bieten ihren Mandanten rechtliche Beratung in Steuerangelegenheiten. Für beide Berufe ist ein hohes Maß an juristischer Fachkompetenz erforderlich, einschließlich der Fähigkeit, komplexe Steuergesetze, Vorschriften und Rechtsprechung auf die individuelle Situation der Mandantinnen und Mandanten anzuwenden. Steuerberater vertreten ihre Mandanten regelmäßig vor Steuerbehörden, beispielsweise bei Steuerprüfungen, Einsprüchen und Verfahrensverfahren. Beide Berufe stellen sicher, dass Mandanten ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und das geltende Recht einhalten. Beide sind mit sensiblen Mandanteninformationen betraut und gesetzlich zur strengen Wahrung des Berufsgeheimnisses verpflichtet. Sowohl Rechtsanwälte als auch Steuerberater unterliegen strengen berufsethischen und Verhaltensregeln.

Eine Ungleichbehandlung der beiden Rechtsberufe beim Berufsgeheimnis ist daher nicht gerechtfertigt ist.

2. Harmonisierte Sanktionen bei Verstößen gegen die Meldepflichten nach DAC 6

Bereits im Gesetzgebungsvorschlag der EU-Richtlinie 2023/2226 (DAC 8) hatte die EU-Kommission einen Anlauf für harmonisierte Mindestsanktionen bei Verstößen gegen die Meldepflichten der DAC genommen. Diesen Vorschlag hatten die Mitgliedstaaten nicht mitgetragen. Nach Ansicht des DStV zurecht, da die damals vorgesehenen Mindestsanktionen unverhältnismäßig waren.

In jüngster Vergangenheit hat die EU-Kommission angedeutet, im DAC Recast erneut eine Mindestharmonisierung von Sanktionen vorzuschlagen.

Der DStV hat für den Wunsch der EU-Kommission zur Einführung harmonisierter Mindestsanktionen durchaus Verständnis. Schließlich sollen möglichst niedrige oder nicht durchgesetzte Sanktionsandrohungen keinen wirtschaftlichen Standortvorteil für einen Mitgliedstaat darstellen.

Die DAC unterliegt aber dem Einstimmigkeitsprinzip des besonderen Gesetzgebungsverfahrens. Dies bedeutet eine hohe Hürde, um Anpassungen an der Höhe der Sanktionen vorzunehmen, die möglicherweise nur von wenigen Mitgliedstaaten gewollt sind. Die Anpassung der Höhe mittels delegiertem Rechtsakt stellt für den DStV dabei keinen gangbaren Weg dar.

Aus diesem Grund empfiehlt der DStV, die bestehende Rechtslage unverändert zu lassen und den Mitgliedstaaten im Rahmen der erforderlichen Verhältnismäßigkeit die Gesetzgebungshoheit über die Sanktionen zu belassen.

3. Geografische Erweiterung der Definition „Intermediär“

Da Intermediäre nach dem Vorschlag des DStV zur Vereinfachung und zum Abbau von Berichtspflichten Aufklärungspflichten gegenüber Mandanten bzw. Kunden hätten, müsste die Definition des Intermediärs weiterhin im Gesetzestext verbleiben.

Der DStV schlägt dabei vor, die geografischen Beschränkungen des Intermediärs aufzuheben und Art. 3 Nr. 21 a) - d) DAC zu streichen. Eine Beschränkung der Definition des Intermediärs auf das Hoheitsgebiet der Europäischen Union mag der eingeschränkten Möglichkeiten der Durchsetzung von Ansprüchen geschuldet sein. Eine Rechtfertigung für eine rechtliche Ungleichbehandlung von Intermediären mit Sitz in der Europäischen Union und in Drittstaaten bilden mögliche Durchsetzungshürden aber nicht. Schließlich könnte die Aufhebung der geografischen Beschränkung des Intermediärs die Beauftragung von Finanzdienstleistern und Ermöglichen von aggressiver Steuerplanung in Drittstaaten und damit Steuerhinterziehung und Steuerflucht durch Steuerpflichtige mit Sitz in der Europäischen Union weniger attraktiv machen.

Zusammenfassung

- ✓ Der DStV bekräftigt seine Kritik an den Meldepflichten DAC 6. Diese haben nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt, sind zur Zielerreichung nicht geeignet und

unverhältnismäßig. Entgegen bisheriger Aussagen, sollte die EU-Kommission daher nochmal überlegen, die Meldepflichten DAC 6 zu streichen.

- ✓ Zur Gewährleistung des Once-Only-Prinzips und zum Abbau von Berichtspflichten fordert der DStV alternativ die Konzentration der Meldepflichten DAC 6 allein auf den Steuerpflichtigen. Dies würde die Anzahl der gemeldeten Fälle nicht mindern. Dafür würden Doppelmeldungen beseitigt, Befolgungskosten für Unternehmen gesenkt, Rechtsklarheit und Rechtssicherheit gestärkt sowie der Interessenkonflikt von Berufsgeheimnis und Meldepflicht DAC 6 beseitigt und damit die Judikative entlastet.
- ✓ Der DStV regt eine Fristverlängerung für die Meldepflichten von 30 Tagen auf 60 Tage an.
- ✓ Etwaige neue Berichtspflichten über den Missbrauch von Briefkastenfirmen zu Steuerzwecken lehnt der DStV ab. Dies würde die Bemühungen der EU-Kommission, Berichtspflichten abzubauen, ad absurdum führen.
- ✓ Soweit die EU-Kommission Art. 8ab Absatz 5 DAC an die jüngste EUGH-Rechtsprechung anpassen will, muss die Prozessbefugnis und das Berufsgeheimnis von Steuerberatern in Deutschland entsprechend berücksichtigt werden.
- ✓ Der DStV ruft die EU-Kommission dazu auf, das Berufsgeheimnis der Steuerberater im DAC Recast zu stärken. Rechtsberufe sollten dann von der Verschwiegenheitspflicht umfasst, wenn deren Tätigkeit, Aufgaben und Stellung rechtsanwaltsähnlich sind.
- ✓ Aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips empfiehlt der DStV die bestehende Rechtslage bei Sanktionen gegen Nicht- oder Falschmeldungen der Meldepflichten DAC 6 unverändert zu lassen und den Mitgliedstaaten im Rahmen der erforderlichen Verhältnismäßigkeit die Gesetzgebungshoheit über die Sanktionen zu belassen.
- ✓ Der DStV schlägt die Aufhebung der geografischen Beschränkung des Intermediärs gem. Art. 3 a) – d) vor. Dadurch könnte die Beauftragung von Finanzdienstleitern und ermöglichen aggressiver Steuerplanung in Drittstaaten und damit Steuerhinterziehung und Steuerflucht durch Steuerpflichtige mit Sitz in der Europäischen Union eingedämmt werden.

EU rules on administrative cooperation in the field of taxation – recast

In addition to the questionnaire submitted, the German Tax Advisors Association (**DStV**) explains its position in accordance with the request for comments Ares (2025) 11249527 - 16/12/2025 from the European Commission on the initiative: EU rules on administrative cooperation in the field of taxation (DAC Recast).

In its request, the European Commission sets out the objectives of the DAC Recast:

- A. Simplification of reporting obligations to reduce the burden on stakeholders, and
- B. Implementing targeted improvements with the aim of improving the overall functioning of the DAC.

The European Commission's report on the evaluation of the EU Council Directive 2011/16/EU on administrative cooperation in the field of taxation of 19 November 2025 (COM(2025) 695) considers the reporting requirements for cross-border arrangements under EU Council Directive 2018/822 (DAC 6) regarding the mandatory automatic exchange of information in the field of taxation on reportable cross-border arrangements (DAC 6 reporting requirements) to be particularly problematic.

This problem is also reflected in the three judgments of the European Court of Justice (ECJ) in cases C-694/20 (Orde van Vlaamse Balies et al.), C-623/22 (Belgian Association of Tax Lawyers et al.) and C-432/23.

The evaluation of the consultations conducted by the EU Commission on simplifying the EU acquis in the area of direct taxation has also shown that the DAC 6 reporting requirements are widely regarded as inappropriate and unsuitable.

When drafting the proposal for the DAC recast, the planned legislative amendment should therefore focus on abolishing, or at least significantly simplifying, the DAC 6 reporting requirements. Consequently, the DAC 6 reporting requirements are also the focus of this opinion .

C. Simplification of reporting requirements to reduce the burden on stakeholders

In its call for comments Ares (2025)-11249527, the European Commission sets itself the goal of simplifying reporting obligations and reducing the burden on stakeholders. The **DStV**

expressly supports the European Commission's goal of reducing the burden associated with reporting requirements by 25% for companies and by 35% for small and medium-sized enterprises (SMEs).

The DAC Recast offers a good opportunity to contribute to this overarching goal and, after much talk, to let actions speak for themselves.

The DStV therefore calls on the European Commission to take bold steps and not to settle for a few minor adjustments to the DAC 6 reporting requirements.

In its [opinion E2-2024](#) on the consultation on the evaluation of the DAC, the DStV critically and extensively examined the DAC 6 reporting requirements and questioned the appropriateness and proportionality of the measure. The DStV reiterates its criticism of the DAC 6 reporting requirements at this point.

In this context, the DStV refers to the presentation given by Prof. Dr Johanna Hey, Professor at the Institute for Tax Law at the University of Cologne, during the hearing of the Subcommittee on Tax Matters "Tackling Tax Obstacles in the Single Market" on 27 January 2026. Prof. Dr Johanna Hey recommended that the DAC 6 reporting requirements be deleted, as their usefulness is questionable. This is a position that the DStV also takes in its statement E2-2024.

The DStV regrets that the EU Commission's report on the evaluation of the DAC (COM 2025) 695 does not contain any information on how much additional tax revenue the Member States have collected as a result of the DAC 6 reporting obligation. Furthermore, the report does not contain any information on the actual costs incurred by the intermediaries concerned or the Member States for evaluating the reported data.

The data on the costs incurred by intermediaries requested in the questionnaire for this consultation should have been collected earlier, namely before the evaluation report was drawn up. In this respect, the evaluation report does not provide a sufficient basis for the legislative bodies to make an informed decision.

However, it can be stated at this point in time that the statement made by the European Commission in the former proposal for DAC 6 (COM (2017) 335; section: Costs of the preferred option) that "the costs for intermediaries are likely to be limited" was a misjudgement.

Due to the simplification of individual content-related features of the reporting obligation, the DStV also refers to the questionnaire sent.

4. Limitation of the scope of the DAC 6 reporting obligations to taxpayers

In its questionnaire, under the section on DAC 6, the EU Commission suggests various options for avoiding duplicate reporting in future in cases where, pursuant to Article 8ab(9) DAC, several intermediaries are involved in the same reportable cross-border arrangement. One of the options listed is that the taxpayer could be the sole reporting entity.

The DStV considers such an option of limiting the scope of application to the taxpayer to be fundamentally the right approach. However, choosing this proposed option would at best solve an existing legal problem. The overarching goal of the EU Commission to reduce reporting obligations would not be achieved by implementing this option. The narrow scope of application of the taxpayer's sole reporting obligation to a few special cases involving multiple intermediaries is not suitable for this purpose.

In order to actually achieve the goal of significantly reducing reporting obligations, the DStV therefore calls for the option of exclusive reporting obligations by taxpayers to be extended to all DAC 6 reporting obligations.

Such an exemption from the DAC 6 reporting obligation for intermediaries would have many advantages for legislators and society:

d. Significant reduction of reporting obligations

Limiting DAC 6 reporting obligations to taxpayers would significantly reduce the number of reporting obligations without compromising the political goal of improving cooperation between tax authorities and combating tax evasion and tax avoidance. This is because the reporting obligation for all structuring models would remain in place in its entirety. Only the group of persons subject to the obligation would be reduced to those who hope to gain a corresponding advantage from such arrangements.

In addition, the EU legislator can impose an obligation on intermediaries to inform taxpayers of their reporting obligations under DAC 6.

e. Elimination of double reporting

The EU Commission attaches the highest priority to reducing reporting obligations where the same information is reported multiple times. In doing so, it is following the once-only principle.

An identical DAC 6 reporting obligation for several obligated parties, as currently exists, inevitably leads to double reporting and demarcation difficulties. Limiting the DAC 6 reporting obligation to taxpayers alone would eliminate the existing problem of double reporting and thus lead to a considerable reduction in the burden on the economy and administration. This would also ensure compliance with the once-only principle.

f. Reducing compliance costs

In addition to reducing bureaucracy, the EU Commission has also set itself the goal of reducing compliance costs for companies in the area of taxation. This reduction in compliance costs can be easily achieved by exempting intermediaries from the reporting obligation. After all, intermediaries bear considerable additional costs due to the bureaucratic burden of the DAC 6 reporting obligation. They have to pass these on to their customers and clients. In this respect, other clients also bear the additional costs of a reporting obligation in which they are not involved.

d. Strengthening legal clarity

Just as a tax advisor, as an intermediary in tax returns, wage/salary reports or tax audits, is not subject to any reporting obligations of his own with regard to his clients, he should also, with regard to the DAC 6 reporting requirements, act at most as a compliance body carrying out reports on behalf of his clients. This would simplify the definition of responsibilities and simplify legislation. The latter is an important goal of the EU Commission in the context of "better regulation".

g. Ending the conflict of interest between professional secrecy and DAC 6 reporting obligations

The distinction between the existing legal duty of confidentiality on the one hand and the reporting obligation for tax advisors in Germany on the other is particularly difficult in cases where the reporting obligation is not clear. The latest ruling by the European Court of Justice has not led to greater legal certainty for the professionals concerned. Such a fine line between fulfilling the reporting obligation and betraying clients is unreasonable for the professionals concerned. Limiting the reporting obligation to the taxpayer will eliminate this conflict.

In addition, the relationship of trust between the tax advisor and the client would be strengthened. Strengthening the relationship of trust leads to greater disclosure of the client's finances to the tax advisor. This would increase the ability of tax advisors to provide preventive information and thus make a greater contribution to preventing aggressive tax planning, tax evasion and tax avoidance.

h. Relief for the judiciary

The judiciary, such as the ECJ, would be relieved due to the legal clarity gained. The legal question of the scope of professional secrecy in the case of reporting obligations under DAC has been the subject of several supreme court decisions. Further court proceedings are likely if the legal situation remains unchanged. Nevertheless, the rulings have only contributed to greater legal clarity to a limited extent. Exempting intermediaries from the reporting obligation would mean that such legal questions would no longer arise.

5. Extension of the deadline for DAC 6 reports

Due to the existing workload of intermediaries and the necessary exchange with clients, an extension of the deadline from 30 days to 60 days is welcome under the current legal situation. The extension of the reporting obligation should also be implemented in the event of intermediaries being exempted from the reporting obligation, as consultation with tax advisors would continue to be essential for clients.

However, the DStV would like to make it clear once again at this point that an extension of the deadline does not eliminate the fundamental problems of the DAC reporting obligations, such as the lack of legal certainty and clarity, the bureaucratic workload and the conflict between the reporting obligation and client confidentiality.

6. Inclusion of UNSHELL

Due to the failure of negotiations in the Council of the EU, the European Commission withdrew its proposal for a directive laying down rules to prevent the misuse of letterbox companies for tax purposes and amending Directive 2011/16/EU (COM(2021) 565 - UNSHELL). Instead, the European Commission announced that it would transfer parts of UNSHELL into the DAC Recast. In addition to the exchange of data between tax authorities, these parts could also include new reporting requirements on the use of letterbox companies for tax purposes.

However, if the European Commission were to introduce new reporting requirements, contrary to all its assurances that it would consistently reduce reporting requirements, the credibility of the European Commission would be seriously damaged. The introduction of such a measure would only give further impetus to those forces that are critical of the European Union.

The DStV therefore expressly calls on the European Commission not to introduce new reporting obligations for the economy by incorporating elements of the failed UNSHELL proposal.

The DStV categorically rejects the introduction of separate reporting obligations for intermediaries such as tax advisors and auditors. A further increase in the bureaucratic workload in law firms and an exponential increase in the existing conflict of interest between reporting obligations and professional secrecy would render the EU Commission's objectives absurd and expose law firms to bureaucratic paralysis.

D. Implementation of targeted improvements with the aim of improving the overall functioning of the DAC

4. Definition of professional secrecy

The European Commission recently announced that, due to the new case law of the European Court of Justice on professional secrecy, the existing definition in Article 8(5) DAC could also be amended.

In Case C 423/23 of the ECJ, Advocate General Kokott stated that, in addition to lawyers, other legal service providers are also subject to a duty of confidentiality, provided that professional secrecy exists in the respective Member State and the professionals concerned have the right to represent clients in court (). This means that the statutory professional secrecy of tax advisors in Germany, as a legally established body of tax administration with the power of representation before the tax courts, is also covered by the scope of the duty of confidentiality.

Insofar as the EU Commission intends to adapt Article 8ab(5) to the latest ECJ case law, the legal standing and professional secrecy of tax advisors in Germany must be taken into account. The proposal for DAC Recast must then ensure that the duty of confidentiality standardised in professional law is clearly covered by the wording of the law.

In this context, it is important for the DStV to make it clear that the profession of tax advisor is equivalent to that of a solicitor in tax matters.

The DStV therefore calls on the European Commission to strengthen the professional secrecy of tax advisors in the DAC Recast.

Both solicitors and tax advisers offer their clients legal advice on tax matters. Both professions require a high level of legal expertise, including the ability to apply complex tax laws, regulations and case law to the individual situations of their clients. Tax advisers regularly represent their clients before tax authorities, for example in tax audits, appeals and administrative proceedings. Both professions ensure that clients fulfil their legal obligations and comply with applicable law. Both are entrusted with sensitive client information and are legally bound to strict professional secrecy. Both solicitors and tax advisers are subject to strict professional ethics and rules of conduct.

Unequal treatment of the two legal professions with regard to professional secrecy is therefore not justified.

5. Harmonised sanctions for breaches of reporting obligations under DAC 6

The European Commission had already made an attempt to harmonise minimum sanctions for breaches of DAC reporting requirements in its legislative proposal for EU Directive 2023/2226 (DAC 8). This proposal was not supported by the Member States. In the opinion of the DStV, this was justified, as the minimum sanctions envisaged at the time were disproportionate.

Recently, the European Commission has indicated that it intends to propose minimum harmonisation of sanctions again in the DAC Recast.

The DStV fully understands the European Commission's desire to introduce harmonised minimum sanctions. After all, sanctions that are as low as possible or not enforced should not constitute an economic advantage for a Member State.

However, the DAC is subject to the unanimity principle of the special legislative procedure. This means that there is a high hurdle to adjusting the level of sanctions, which may only be desired by a few Member States. Adjusting the level by means of a delegated act is not a viable option for the DStV.

For this reason, the DStV recommends leaving the existing legal situation unchanged and allowing Member States to retain legislative sovereignty over sanctions within the limits of the necessary proportionality.

6. Geographical extension of the definition of "intermediary"

Since, according to the DStV's proposal for simplifying and reducing reporting obligations, intermediaries would have disclosure obligations towards clients or customers, the definition of intermediary would have to remain in the text of the law.

The DStV proposes removing the geographical restrictions on intermediaries and deleting

Art. 3 No. 21 a) - d) DAC. Restricting the definition of intermediary to the territory of the European Union may be due to the limited possibilities for enforcing claims. However, potential enforcement hurdles do not justify legal discrimination between intermediaries based in the European Union and those based in third countries. Finally, removing the geographical restriction on intermediaries could make it less attractive to engage financial service providers and facilitators of aggressive tax planning in third countries and thus reduce tax evasion and tax avoidance by taxpayers based in the European Union.

Summary

- ✓ The DStV reiterates its criticism of the DAC 6 reporting requirements. These have not led to the desired results, are not suitable for achieving the objectives and are disproportionate. Contrary to previous statements, the EU Commission should therefore reconsider scrapping the DAC 6 reporting requirements.
- ✓ To ensure the once-only principle and reduce reporting obligations, the DStV alternatively calls for the DAC 6 reporting obligations to be focused solely on the taxpayer. This would not reduce the number of reported cases. In return, duplicate reports would be eliminated, compliance costs for companies would be reduced, legal clarity and certainty would be strengthened, and the conflict of interest between professional secrecy and the DAC 6 reporting obligation would be eliminated, thereby relieving the burden on the judiciary.
- ✓ The DStV suggests extending the deadline for reporting obligations from 30 days to 60 days.
- ✓ The DStV rejects any new reporting obligations regarding the misuse of letterbox companies for tax purposes. This would render the EU Commission's efforts to reduce reporting obligations absurd.
- ✓ If the EU Commission intends to adapt Art. 8ab(5) DAC to the latest ECJ case law, the legal standing and professional secrecy of tax advisors in Germany must be taken into account accordingly.
- ✓ The DStV calls on the EU Commission to strengthen the professional secrecy of tax advisors in the DAC Recast. Legal professions should be covered by the duty of confidentiality if their activities, tasks and position are similar to those of lawyers.

- ✓ Due to the unanimity principle, the DStV recommends leaving the existing legal situation unchanged with regard to sanctions for non-compliance or incorrect reporting under DAC 6 reporting requirements and allowing Member States to retain legislative sovereignty over sanctions within the framework of the necessary proportionality.

- ✓ The DStV proposes the removal of the geographical restriction on intermediaries pursuant to Art. 3 a) – d). This could curb the commissioning of financial service providers and facilitators of aggressive tax planning in third countries and thus tax evasion and tax avoidance by taxpayers based in the European Union.

Der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) vertritt als Spitzenorganisation die Angehörigen der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe auf nationaler und internationaler Ebene gegenüber Politik, Exekutive und weiteren Stakeholdern. In seinen 15 Mitgliedsverbänden sind 36.500 - überwiegend in eigener Kanzlei oder Sozietät tätige - Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer sowie Berufsgesellschaften freiwillig zusammengeschlossen.

Der DStV ist im europäischen Transparenzregister unter der Nummer 845551111047-04 eingetragen.
